„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
„Western Printers Association, Limited"

J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.

Geschäftsstelle in Regina, Sask.:
1835 Halifax Straße.
Geschäftsstelle in Edmonton, Alta:
9753 Jasper Avenue.

Mittwochausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Deutschcanadische Bewegung.

(Fortsetzung).

Im engsten Zusammenhang mit der Familie sollte

die Schule

stehen. Elternhaus und Schule sollen sich nach gesunden Erziehungsgrundsätzen gegenseitig ergänzen, fördern und befruchten. Sie sollen bei Ausübung des verantwortlichen Elternberufs und des hohen Lehrberufs Hand in Hand gehen zum Wohle und Heile der Jugend. Elternberuf und Elternrecht sind älter und daher auch höher als das Recht des Staates auf die Erziehung der Kinder. Elternrecht ist ein Naturrecht, ist ein göttliches Recht. Staatsrecht ist ein von Menschen erdachtes und eingeführtes Recht. Hält sich die Staatsgewalt auf dem Gebiete der Schule in ihren vernünftigen Grenzen, so kann kein Konflikt zwischen Schule und Elternhaus entstehen. Es muß aber zu einem stillen oder offenen Konflikt kommen, wenn der Staat sich das „Recht" anmaßt, in das Heiligtum des Elternhauses, in Religion und Muttersprache, mit roher Hand einzugreifen. Das erleben wir je nach den Provinzen mehr oder minder in Canada, wenn wir die provinzialen Schulsysteme einer gründlichen Untersuchung unterziehen. Ein Grundzug der westcanadischen Schule ist **die Vereenglischung,** die „Anglisierung" der Kinder. Das ergibt sich aus den Schulgesetzen, aus den Lehrmethoden und den Schulbüchern. Die Schule sucht hierzulande im Kinde das Bewußtsein seiner nationalen Abstammung zu ersticken, sucht es vom heiligen Mutterboden seines Volkstums loszureißen und in ein fremdes Erdreich ohne Rücksicht auf alterprobte pädagogische Weisheit zu verpflanzen. Das Produkt dieser „Erziehung" sehen wir in jener deutsch-canadischen Jugend, die wir im Laufe dieses Artikels schon kurz geschildert haben.

Kein Mensch mit gesunden Sinnen wird etwas dagegen einzuwenden haben, wenn die Kinder die englische Sprache in der Schule gründlich erlernen. Aber jeder rechtlich denkende Mensch muß es

als Torheit, als Fanatismus und als schweres Vergehen brandmarken,

wenn es z. B. in den Schulen überwiegend deutscher Distrikte verboten ist, wenigstens den Religionsunterricht in deutscher Sprache zu erteilen, wie wir es in der glorreichen Provinz Saskatchewan erleben. Was würde es der Erziehung im canadischen Geiste und der Erlernung der englischen Sprache schaden, wenn im Tage wenigstens eine Stunde Unterricht im Deutschlesen und Deutschreiben während der ordentlichen Schulzeit erteilt würde? Oder steckt hinter dem vereinglichten Schulsystem nur die erbärmliche Angst daß die Kinder der Fremdgeborenen neben der englischen Sprache noch eine zweite Sprache erlernen und dadurch später im geschäftlichen und beruflichen Leben einen Vorsprung vor den anderen haben könnten? Dann ist es erst recht die Pflicht und Schuldigkeit aller Eltern, mit allen Mitteln und Opfern dafür zu sorgen, daß die Kinder ihre Muttersprache in Schrift, Wort und Lied perfekt erlernen. Es bleibt den Englischsprechenden überlassen, sich auch etwas mehr als bisher um die gründliche Erlernung einer Fremdsprache zu bemühen.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß die werdende deutsch-canadische Bewegung auf dem Gebiete der Schule eine hochwichtige Aufgabe zu bewältigen hat. Die Schulfrage sollte die Hauptfrage sein, die im Mittelpunkt unseres Denkens und Strebens steht. Laßt uns nicht mehr von einer deutsch-canadischen Bewegung in höchsten Tönen sprechen, wenn wir nicht den Mut und die Entschlossenheit haben, die Schulfrage in unserem Sinne zu lösen! Was bedeutet das Wort „Deutschtum", wenn es mit uns ins Grab sinkt? Als Eltern, als Bürger und als Steuerzahler haben wir ebenso wie alle anderen Mitbürger ein Recht darauf, den Geist der Schule zu bestimmen, darauf zu dringen, daß die Erziehung in Elternhaus und Schule in religiöser und sprachlicher Hinsicht übereinstimmt. Wenn Religion und Muttersprache für uns wirklich die heiligsten Güter auf dieser Erde sind, wenn wir unser Kind als das kostbarste Kleinod betrachten, dann laßt uns darum kämpfen! Laßt uns dafür kämpfen, daß unsere heiligsten Güter auch im Lehrplan der Schule eine angemessene Berücksichtigung finden!

Doch wir dürfen bei der Volksschule nicht stehen bleiben. Es gibt in Canada auch

Mittel- und Hochschulen und Universitäten.

Es verdient höchste Anerkennung, daß sich religiöse Gemeinschaften um das mittlere und höhere Schulwesen so eifrig annehmen. Leider müssen wir aber die tief bedauerliche Feststellung machen, daß sehr viele deutschsprechende Freunde sich nicht genügend darum kümmern. Ist es nicht tief beschämend, wenn man hören muß, daß Kinder deutscher Eltern im „College" oder auf der Universität sich für die französische Sprache entscheiden, obwohl sie ebenso gut Deutsch als Unterrichtsfach wählen könnten? In einigen canadischen Bildungsanstalten scheint von den Schulbehörden aus allmählich wieder mehr Wert auf die Erlernung der deutschen Sprache gelegt zu werden. Notwendig ist nur, daß einsichtsvolle deutsche Eltern diese Bewegung unterstützen und ihre Kinder dazu anhalten, selbst am deutschen Unterricht im „College" teilzunehmen. Hat ein Schüler oder eine Schülerin außerdem noch die Möglichkeit, Französisch zu erlernen, so ist dagegen gewiß nichts einzuwenden. Jedenfalls kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß im canadischen Westen die gründliche Beherrschung des Deutschen wichtiger und nützlicher ist als die des Französischen.

Folgen wir dem Beispiel unserer deutschamerikanischen Brüder!. In den Vereinigten Staaten wird von deutscher Seite mit unermüdlichem Eifer besonders darauf hingewirkt, daß die deutschen Unterrichtskurse in den sogenannten Hochschulen und Universitäten immer stärker besucht werden. Stellenweise hat die deutschamerikanische Werbearbeit in dieser Beziehung schon geradezu glänzende Erfolge erzielt. Die Beteiligung am deutschen Unterricht wird von Jahr zu Jahr stärker sodaß es schon allmählich zu einer Modesache der Amerikaner wird, neben dem Englischen auch das Deutsche zu pflegen.

(Schluß folgt).

Der deutsche Preisdiktator.

Reichspräsident von Hindenburg und Reichskanzler Dr. Brüning beriefen kürzlich Dr. Gördeler, den Oberbürgermeister der deutschen Großstadt Leipzig, zum Reichskommissar für Preisüberwachung. Weil ihm weitgehende Vollmachten übetragen sind, wird er häufig auch als „Preisdiktator" bezeichnet. Dr. Gördeler, ein Sohn Ostpreußens, ist jedenfalls eine ganz interessante Persönlichkeit, wie sich aus einer Schilderung des „Hamburger Fremdenblatt" ergibt. In dieser Zeitung heißt es u.a.:

Gewohnt, in entscheidenden Situationen das Wort zu ergreifen, hat Dr. Gördeler vor wenigen Monaten Gelegenheit zu einer markanten Kundgebung gehabt, die weit über die Grenze Deutschlands beachtet worden ist. Während der letzten Leipziger Herbstmesse hielt vor einer großen Versammlung von Ausstellern und Einkäufern der Bostoner Warenhausmagnat Eduard A. Filene, als Mitglied einer amerikanischen Kommission zum Studium der deutschen Verhältnisse, eine Rede, in der er zur Behebung der deutschen Krisis ähnliche wirtschaftliche Grundsätze empfahl, wie wir sie von Henry Ford kennen.

Im Anschluß an die Rede des Amerikaners setzte Dr. Gördeler auseinander, daß die Arbeitsbedingungen in dem an Rohstoffen armen Deutschland doch ganz andere seien als in Amerika. Deutschland sei dabei, durch strengste Sparsamkeit wieder Ordnung in seine Finanzen zu bringen. Aus der heutigen Krisis gebe es keinen anderen Ausweg, als daß alle ohne Ausnahme — und nicht immer nur „der andere", wie heute mancher meine — wieder ganz klein anfangen müssen. Dann aber zu dem Amerikaner sich wendend, gab er zunächst dem deutschen Dank an Präsident Hoover Ausdruck und fuhr dann fort:

„Gerade unseren Freunden gegenüber muß mit aller Bestimmtheit erklärt werden, daß es keine Möglichkeit gebe, daß Deutschland je wieder einen Pfennig Reparationen bezahle. Es hat deshalb auch gar keinen Sinn, über eine Wiederaufnahme der deutschen Zahlungen nach dem Ablauf des Schonjahres zu verhandeln. Voraussetzung für einen Wiederaufbau Deutschlands ist die Durchführung des Sparprogramms, aber auch die Wiederherstellung eines geschlossenen politisch-wirtschaftlichen deutschen Staatsgebietes."

Diese Auge in Auge mit dem Vertreter der amerikanischen Politik ruhig und in wohl überlegten Sätzen abgegebene Erklärung in einem wichtigen Moment hat damals einen großen Eindruck gemacht. Der Amerikaner soll nachher zu Dr. Gördeler gesagt haben: „Sie sind der interessanteste Mann, der mir in Deutschland begegnet ist. Wenn ich nächstes Jahr wiederkomme, werde ich Sie dort finden, wo Sie noch besser für Ihr Vaterland wirken können als in Leipzig."

Weltumschau

Deutschland Vertretung in Genf. Wie nunmehr feststeht, wird sich Reichskanzler Dr. Brüning selbst zur Eröffnung der Abrüstungskonferenz nach Genf begeben. In seiner Begleitung sollen der Reichswehrminister Gröner und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Bülow an den ersten Sitzungen und der Generaldebatte teilnehmen. Nach Beendigung der Generaldebatte und Bildung der für die praktische Arbeit vorgesehenen Kommissionen dürften diese Herren ebenso wie die leitenden Staatsmänner der übrigen Mächte Genf wieder verlassen. Die dann zurückbleibende deutsche Delegation soll unter Führung des Botschafters in Angora, Rudolf Nadolny, stehen. Neben Nadolny werden der ständigen Delegation für die Konferenz angehören der Gesandte von Weizsäcker (Oslo), der früher die Völkerbundesabteilung des Auswärtigen Amtes leitete, der Gesandte von Mutius, der schon an den letzten Ratstagungen als Delegationsführer teilgenommen hat, der Gesandte Göppert und Geheimrat Frohwein, Leiter des Abrüstungsdezernats im Auswärtigen Amt, der die Geschäfte eines Generalsekretärs der deutschen Delegation versehen wird.

Neben diesen Diplomaten entsendet das Reichswehrministerium Generalleutnant von Blomberg, General Schönheinz und Admiral von Freyberg. Als Sachverständiger für Wirtschaftsfragen wird Herr von Wilamowitz-Möllendorf der Delegation angehören.

Hochwasser in Deutschland. Plötzlich einsetzendes Tauwetter und anhaltende Regengüsse haben in ganz Deutschland gewaltigen Eigentumsschaden angerichtet. Elbe, Saale und andere deutsche Flüsse sind an verschiedenen Stellen aus den Ufern getreten. Der Bahnverkehr war in Bayern, Sachsen, Thüringen, im Harzgebiet, in Schlesien und anderen Gauen teilweise vollständig unterbunden. Aus dem südlichen Harz wird Hochwasser berichtet, wie es in 22 Jahren nicht mehr vorgekommen ist. Auch die Weser führt Hochwasser, und zahlreiche Dörfer entlang ihres Laufs mußten von der Bevölkerung geräumt werden. Im Schwarzwald wurden die Bahnböschungen an zahlreichen Punkten unterwaschen, so daß der Bahnverkehr vollständig eingestellt werden mußte. Neckar und Rhein sind in raschem Steigen begriffen und an verschiedenen Stellen bereits über die Ufer getreten.

Auch Stehr und Enns in Oesterreich führen Hochwasser. Die Bewohner des Industriestädtchens Steyr, die seit langem unter der Geschäftsdepression zu leiden haben, sollen, wie berichtet wird, Hunde verzehren. Ein rasches Steigen der Donau in ihrem Mittellauf gibt zu ernster Besorgnis Veranlassung.

Deutsch-französ. Luftverkehr. Das deutsch-französische Wirtschaftskomitee hielt eine Sitzung ab, um über Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern in der Entwicklung der Luftverkehrslinien zu beraten. Es ist ein gemeinsamer Dienst nach dem nahen und fernen Osten wie auch nach Südamerika in Aussicht genommen. Nach dem vorgeschlagenen Programm sollen wenigstens zehn Rundflüge des Luftschiffes „Graf Zeppelin" nach Südamerika unternommen werden. Dr. Hugo Eckner, der Kommandant des Luftschiffes, nimmt an den Beratungen teil. Der Flugdienst auf den Strecken nach dem Osten dürfte Flugzeugen überlassen bleiben.

Die französische Regierung verfolgt mit Interesse die Versuche des deutsch-französischen Wirtschaftskomitees, eine bessere Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Verkehrsflugwesens zu schaffen. Das Flugministerium bestreitet gleichzeitig die in der Presse erschienenen Gerüchte, daß ein deutsch-französischer „Flug-Trust" geplant sei. Das Ministerium fügt hinzu, daß England und Italien wohl wüßten, daß Frankreich mit ihnen die gleichen Verhandlungen wie mit Deutschland führen würde.

Botschafter von Hoesch bei Laval. Der deutsche Botschafter von Hoesch in Paris besuchte Premier Laval und hatte mit ihm eine längere Unterredung bezüglich der Vorbereitungen für die in der zweiten Hälfte des Monats in Lausanne stattfindende internationale Reparationskonferenz. Der Besuch rief in diplomatischen Kreisen großes Interesse hervor, da viele glauben, daß es der Hauptzweck des deutschen Botschafters war, von Premier Laval zu erfahren, ob Frankreich und England mit Bezug auf die Konferenz schon ein vorläufiges Uebereinkommen erzielt haben. Es heißt, daß Deutschland zuerst die Stellungnahme der Gläubigernationen zu dem Bericht des Baseler Youngplan-Komitees abwarten wird.

Im Büro des französischen Ministerpräsidenten wurde erklärt, daß Laval nach wie vor dagegen ist, daß die Konferenz schon am 18. Januar eröffnet wird.

Man erwartet, daß die französischen und britischen Finanzsachverständigen Ende dieser Woche ihre Beratungen in Paris wieder aufnehmen werden.

Der Schweizer Bundesrat hat den interessierten Regierungen formell die Erlaubnis erteilt, in der letzten Hälfte des Januar in Lausanne die internationale Reparationskonferenz abzuhalten.

Schweiz entläßt deutsche Arbeiter. Die „Kölnische Volkszeitung" berichtet, daß in den weißschweizerischen Kantonen einer großen Zahl vielfach dort seit längerer Zeit lebenden deutschen Arbeitern in planmäßiger Weise gekündigt worden sei. Diese Arbeiter waren fast ausnahmslos für den Fall der Arbeitslosigkeit versichert, welche Versicherung in manchen Kantonen, wie z. B. in Genf, obligat ist. Die Arbeiter hätten nach den Versicherungsbestimmungen Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung durch vier Monate gehabt. Vielen dieser Arbeiter wurde jedoch bald nach ihrer Entlassung aus den Betrieben die Aufenthaltsbewilligung entzogen, so daß sie gezwungen waren, ohne die Unterstützung bezogen zu haben, nach Deutschland zurückzukehren.

Rückkehr zum Alkohol in Finnland. Der Widerruf des Prohibitionsgesetzes in Finnland dürfte schon innerhalb der nächsten Monate erfolgen, da eine Sondersession des finnischen Reichstages einberufen worden ist, um zu dem Ergebnis der Volksabstimmung Stellung zu nehmen. Bei Einberufung des Reichstages sagt das Kabinett, daß „schleunigst neue Gesetze über Alkohol erlassen werden müssen, da das Referendum klar gezeigt habe, daß das Prohibitionsgesetz nicht den Anhang in der Nation hat, der eine Aufrechterhaltung rechtfertigen würde."

Der Reichstag muß zu Tagung bleiben, bis die Angelegenheit, für die er einberufen ist, erledigt ist. Man glaubt, daß dies nicht länger als bis zum April dauern kann.

Die nunmehr abgeschlossene Zählung der bei der Volksbefragung abgegebenen Stimmen zeigt das folgende Ergebnis: 70.45 Prozent für Widerruf, 28.14 Prozent für Beibehaltung und 1.41 Prozent für Milderung des Prohibitionsgesetzes.

Um den Fünfjahrplan. Gerüchtweise verlautet, daß der Oberste Wirtschaftsrat, der den ganzen Sowjet-Industriebetrieb leitet, in drei besondere Zweige zwecks Beschleunigung des Fünfjahr-Industrialisierungsplanes umgestellt werden wird. Dem Vernehmen nach sollen in naher Zukunft mindestens drei Wirtschafts-Kommissariate eingerichtet werden.

Die geplante Reorganisation befolgt die Richtlinie des kürzlich eingeführten Verfahrens einer Auseinanderlegung jener Zweige der Sowjet-Wirtschaft, die durch schnelle Ausdehnung bei Vollführung des Fünfjahrplanes zu schwerfällig geworden sind. (Derzeit ist das vierte Jahr des Fünfjahrplanes, und die Sowjetführer dringen auf Vollendung des Planes in diesem Jahre.)

Es heißt, daß der Reorganisierungsplan Kommissariate für Beaufsichtigung von Schwer- und Leichtindustrie und wahrscheinlich auch ein weiteres Kommissariat für Verteilung ihrer Erzeugnisse vorsieht. Die Ausführung des Planes würde zwei oder vielleicht drei neue verantwortliche Verwaltungsposten schaffen.

Der Oberste Wirtschaftsrat ist genau, was sein Name bezeichnet. Er leitet die ganze Wirtschaft der Sowjet-Union und alle Entwicklung der industriellen Produktion und Verteilung. Auch beaufsichtigt er die Beschäftigung ausländischer Ingenieure und Techniker.

Das revolutionäre Portugal. Auf den Verdacht, daß eine revolutionäre Bewegung vor dem Ausbruch stehe, hat die Polizei in Oporto (Portugal) eine Reihe von Razzien unternommen und zweihundert Personen als verdächtig verhaftet. Es wurden Bomben, Gewehre und Revolver beschlagnahmt. Im Keller des Sao-Joao-Theaters wurden 28 Kilogramm Dynamit gefunden. Der Leiter des Theaters wird der Beteiligung an der Umsturzbewegung beschuldigt, bestreitet jedoch, irgendetwas damit zu tun zu haben. Auch die Bühnenangestellten werden verdächtigt.

Gouverneur Costa Lobo von Oporto telephonierte an das Innenministerium, daß der Aufruhr im Keime erstickt worden sei. Lissabon war ruhig, doch hat General Gomes Daniel Sonja Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Urlaub für das Militär ist widerrufen worden, und die Truppen werden in den Kasernen gehalten.

In einigen Kreisen glaubt man, daß der kürzliche Bahn-Streik der Vorläufer einer ausgedehnten revolutionären Bewegung war. Es sollen die Zerstörung der Dom Louis-Stahlbrücke über den Duero und Bombenanschläge auf die Kasernen und öffentlichen Gebäude geplant gewesen sein.

Japaner in Nordchina. Eine Brigade der japanischen Armee, welche vom Generalmajor Yorida befehligt wird, stieß längs der ost-Brückenbeitz befindlichen Eisenbahn von Mukden nach Peking, auf der Tschang Hsueh Liangs Truppen ihren eiligen Rückzug bewerkstelligten, von Tschintschau aus südwärts vor und besetzte eine Eisenbahnstation nach der anderen, um über die Südgrenze der Mandschurei hinaus vorläufig bis nach Shanhaikwan vorzudringen, der Stadt an der großen Mauer, die bereits im Gebiet von Nordchina liegt, und in welcher die Japaner schon eine Garnison unterhalten.

Die Brigade Yorida gehört zu der Division des Generalleutnants Muto, des Befehlshabers der zwischen vom Liao stehenden Truppen, deren Hauptquartier nach Tschintschau verlegt worden ist, während östlich vom Liao der Generalleutnant Tamon, der Eroberer der Städte Tunhsi und Kowpanaze, die japanischen Truppen kommandiert und sein Hauptquartier in Liaoyang aufgeschlagen hat. Die Japaner werden diese ihre neue Truppendisposition in wenigen Tagen zur Durchführung gebracht und ihre dauernden Winterquartiere bezogen haben, von denen aus sie ihre Streifzüge gegen die mandschurischen Freischärler zur Ausführung zu bringen gedenken. In der Gegend von Hsinmintun ist ein solcher Streifzug gegen die Freischärler bereits im Gange. Es kam dort zu zwei Scharmützeln, bei denen die Chinesen 30 bis 40 Mann verloren, die Japaner vier Tote und sechs Verwundete.

Japan und die Ver. Staaten. Als Folge eines Angriffes auf den amerikanischen Konsul Chamberlain in der Mandschurei wurde dem Konsul seitens des japanischen Vertreters in Mukden eine offizielle Entschuldigung zuteil, während den zuständigen Stellen in Washington eine offizielle Erklärung des Zwischenfalls zuging. Man glaubt, daß der Zwischenfall dadurch erledigt wurde.

Auch eine unoffizielle Erklärung des Zwischenfalls wurde laut. Sie besagt, daß die japanischen Soldaten, die daran beteiligt waren, den Anbruch des neuen Jahres etwas zu ausgiebig gefeiert hätten. Wieder andere Gerüchte besagen, daß die Soldaten keine „echten" Japaner waren, sondern verkleidete Chinesen, die den Japanern Schwierigkeiten bereiten wollten. Auch soll seitens chinesischer Agenten die amerikanische Flagge öfters dazu verwendet worden sein, freie Passage durch die japanischen Linien zu erschleichen, so daß die Japaner zuletzt Verdacht schöpften und genaue Untersuchungen anstellten. Dann wird auch wieder behauptet, daß Chamberlain sich gegen den Soldaten beigegebenen Dolmetscher gewandt haben soll.

Der japanische Ministerpräsident Inukai ließ dem amerikanischen Staatssekretär Stimson in Washington durch den japanischen Botschafter Debuchi eine offizielle Erklärung der Angelegenheit überreichen. Soviel man weiß, besagt diese Erklärung, daß chinesische Agenten öfters versucht hätten, durch Verwendung fremder Flaggen japanische Schildwachen zu täuschen.

Eine weitere Entwicklung der Lage in der Mandschurei ergibt sich daraus, daß die Vereinigten Staaten General Frank Roß McCoy zum amerikanischen Mitglied der neutralen Untersuchungskommission nominierten, die zur Meldung über die Sachlage nach dem Fernen Osten entsandt werden soll.

Der Kampf um Indiens Befreiung. In dem erneuten Kampfe der national gesinnten Millionenbevölkerung Indiens mit der britischen Regierung, welcher durch die Einkerkerung des Mahatma Gandhi entfesselt wurde, floß das erste Blut. In Allahabad blieben zwei Hindus tot liegen, als die Polizei eine nationalistische Kundgebung zersprengte. Einer von den beiden Hindus wurde totgetrampelt und viele Menschen wurden ernstlich verletzt. Achtzig Verhaftungen wurden vorgenommen.

In Cawnpore, der Stadt der vielen tragischen Aufruhrgreuel, die mit der Meuterei der indischen Truppen im Jahre 1857 begannen, ging die Polizei mit ihren Stöcken gegen zwei Volksaufläufe vor, die vertrieben wurden. In ganz Indien herrscht eine Grabesstille der Angst, daß die Schergen der Regierung sich noch weiter überfall auf die wehrlosen Anhänger Gandhis stürzen werden, welche ihnen, dem Gebote ihres blind verehrten greisen Führers getreu, keinen Widerstand leisten.

Die Machtentfaltung der britischen Regierung in diesem ungleichen Kampf gelangte in einer Reihe von schroffen Erlassen zum Ausdruck. Einer dieser Erlasse erklärt, das Arbeitskomitee des All-Indien-Kongresses sei ein gesetzwidriger Verband und werde dementsprechend behandelt werden. Was das bedeutet, wurde bereits klar, als Jawaharal Neru, nächst Gandhi der hervorragendste Führer der indischen Unabhängigkeitsbewegung von den Briten nicht zu Gefängnishaft, sondern zu zwei Jahren kupernen Kerkers verurteilt wurde. Ferner wurde Rajendra Palad eingekerkert, welcher als Nachfolger des Vallabhai Patel zum Kongreßpräsidenten erkoren wurde, als Patel mit Gandhi zusammen verhaftet wurde.

Mittlerweile hat aber auch der greise Mahatma Gandhi aus seiner Gefängniszelle in Yeroda bei Poona den Kampf mit der Britenregierung aufgenommen, indem er an seine Millionengefolgschaft einen Aufruf richten ließ, der ihr strikte Verhaltungsmaßregeln vorschreibt. Er befiehlt seinen Anhängern darin, alle Anordnungen der Regierung, unbeachtet, aber dabei auch nicht den Schatten eines Widerstandsverdachts aufkommen zu lassen, und alle britischen Waren zu boykottieren; denn, heißt es in dem Aufruf, „der Boykott ist die Waffe, welcher England auf seine Knie wird zwingen wird."

Brüning.

Ein deutschamerikanisches Blatt schreibt:

„Man hat in Deutschland jahrelang nach dem starken Mann gerufen. Die einen stellen sich darunter einen Hünen im Stile des Fürsten Bismarck vor, andere dachten an Hitler, wieder andere an Seeckt; bei den meisten waren Uniform und militärisch stramme Haltung von der Vorstellung des starken Mannes unzertrennlich. Es kommt aber immer alles ganz anders! Jetzt haben sie in Deutschland den starken Mann; aber er entspricht der landläufigen und traditionellen Vorstellung so wenig, daß sie es anfangs gar nicht merkten. Er trägt keine Uniform und macht gar keinen militärischen Eindruck. Er ist ein schlanker, blasser Herr, und die amerikanische Presse, die jeden, der ihr unter die Finger kommt, in eine bestimmte Kategorie einregistriert, bezeichnet ihn als den Typus eines Asketen.

„Ob er nun ein Asket ist oder nicht, jedenfalls ist Reichskanzler Brüning der starke Mann, der Diktator, nach dem die einen seit Jahren immer lauter gerufen, und dessen Kommen die anderen seit Jahren befürchtet haben. In den ersten Monaten des neuen Kurses merkte man in Deutschland überhaupt nicht, daß die Diktatur gekommen war. Herr Brüning sprach nämlich nicht davon. Er hielt keine pompösen Reden und machte keine großen Gesten. Er benahm sich ganz anders als Mussolini, der heutzutage in der ganzen Welt als der Typus des echten Diktators gilt. Aber Brüning ist doch ein echter Diktator. Er regiert mit Notverordnungen und führt trotz des Widerstandes der Opposition sein Programm unentwegt durch."

Reichskanzler erläßt Mitteilung.

(Fortsetzung von Seite 1)

Stimmen aus dem englischen Lager.

London, 10. Jan. — Premierminister Ramsay MacDonald bemerkte, die Erklärung des Reichskanzlers Dr. Heinrich Brüning lasse die Reparationskonferenz in Lausanne erst recht als notwendig erscheinen. Er sei überzeugt, daß die dort vertretenen Regierungen mit den „harten Tatsachen" rechnen müßten.

Rt. Hon. George Lansbury, der Führer der britischen Arbeiterpartei, die in der Opposition steht, verpflichtete sich, im Namen seiner Partei, die Regierung zu unterstützen, wenn sie die Reparationen und Kriegsschulden hinwegfege. „Wir sollten," so fuhr er fort, „Amerika und der Welt erklären, daß wir keine Kriegsschulden und Reparationen mehr annehmen und keine mehr bezahlen wollen. Das sollte unsere Losung sein."

Ein Ultimatum?

Der Berliner Korrespondent des „Daily Expreß" teilt seinem Blatte mit, daß Reichskanzler Heinrich Brüning beabsichtige, ein Ultimatum an die übrigen Weltmächte zu richten, in dem die Forderung enthalten ist, das Reparationsmoratorium für die Dauer von sechs Jahren zu verlängern. Sollte die Forderung auf der Schulden- und Reparationskonferenz in Lausanne abgelehnt werden, dann wird Deutschland, wie dieser Korrespondent weiter mitteilt, selbst ein Moratorium erklären, ob die übrigen Mächte ihm ihre Zustimmung geben oder nicht.

Der „Expreß" erklärt, Deutschland würde in Genf auf der Weltabrüstungskonferenz darauf bestehen, daß die ehemaligen feindlichen Mächte ihr Versprechen, selbst auch abzurüsten, einhalten, sonst werde Deutschland für sich ein Rüstungsprogramm ankündigen, das die Bestimmungen des Versailler Diktats ignoriert.

Brüning, Gröner und Hitler verhandeln.

(Fortsetzung von Seite 1.)

Franz Seldte, der an der Spitze des Stahlhelms steht.

Politische Beobachter sind der Ansicht, daß eine Verständigung der Nationalsozialisten und Deutschnationalen mit der Reichsregierung

weitreichende Folgen nach sich ziehen würde.

Dr. Brüning, der asketische Junggeselle, der seine ganzen Kräfte aufbietet, um Deutschland durch die derzeitige Wirtschaftskrise zu bringen, ist der Erbe der Außenpolitik Stresemanns, die auf eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich abzielt. Auf der anderen Seite arbeitet Hitler auf eine Revision des Versailler Vertrages hin. Wieder und wieder hat er erklärt, er müsse es [illegible] auf 60 Jahre hinaus für [illegible] politischer Tribute zu willigen, für welche Sie derzeitige Generation nicht verantwortlich gemacht werden könne.

Der Versuch, die Regierung und die Elemente der rechtsstehenden Opposition zusammen zu bringen, spiegelt nach der Ansicht politischer Beobachter den Glauben wider, daß Reichspräsident von Hindenburg nach seiner Rundfunkrede, in welcher er das deutsche Volk zum Durchhalten ermahnte, mehr als je der Mann der Stunde ist.

Irak wird souveräner Staat.

Genf. — In einem Sonderbericht an den Völkerbundrat empfahl die permanente Mandatkommission des Völkerbunds die Befreiung Iraks von der britischen Mandatverwaltung und die Aufnahme Iraks als souveräner Staat in den Völkerbund.